

## **Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach**

**Bürger-Info 04/2016 (13.11.2016)**

Nachdem wir in den letzten Wochen mehrfach angesprochen wurden, ob denn die Bürgerinitiative (BI) in Untergrombach noch aktiv sei, melden wir uns heute zu Wort.

Ja – wir bleiben am Geschehen dran! Denn wir verfolgen grundsätzlich mit großem Interesse die politischen Vorgänge in unserer Stadt. Was unsere Stadt- und Ortschaftsräte entscheiden beeinflusst direkt die Wohn- und Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger in Bruchsal und seinen Stadtteilen. Wir sind auch künftig jederzeit bereit, gegen einen Gremienbeschluss einen Widerspruch einzulegen. Sachlich und begründet – das versteht sich von selbst. Dabei werden auch Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über sogenannte „Spitzenbeamte“ mehr in den Blickpunkt rücken als bisher!

Per Pressemitteilung des Landratsamts vom 26.09.2016 wurde bestätigt, dass der Plan des Baus einer Gemeinschaftsunterkunft auf der Fläche Walkartswiesen nicht mehr weiterverfolgt wird. Als Gründe hierfür wurden sinkende Flüchtlingszahlen und das frühe Planungsstadium genannt. Die Entscheidung ist gut! Die Argumentation des Landratsamts findet sich auch im Widerspruch der Bürgerinitiative Untergrombach vom Mai 2016 wieder.

Wer unsere Aktivitäten seit Mai verfolgt hat, fragt sich heute vermutlich, warum die BI nach der Pressemitteilung nicht sämtliche Aktivitäten eingestellt hat. Die knappe Antwort lautet: Extremes Misstrauen gegenüber vielen Vertretern der Stadt- und Ortsverwaltung, die oft sehr selbstgerecht und überheblich erlebt werden.

Wir haben viel Zeit in Sitzungen verbracht und uns mit Vorlagen und Tagesordnungen beschäftigt. Mehrfach mussten wir uns die nicht

nachvollziehbaren Ansichten eines Stadtplanungschefs Hartmut Ayrle anhören. Z.B. in der Bürgerinformationsveranstaltung im Juni seine Ausführungen zur Standortentscheidung und zum Rückbau der Unterkünfte, falls – sinngemäß - „sich das Landratsamt nach 20 Jahren noch daran erinnern kann“.

Für die Bürgerinitiative Untergrombach steht heute, im November 2016, fest: Auch wenn die geplanten Gemeinschaftsunterkünfte im Fuchsloch und Walkartswiesen – „vorerst“ wie die Oberbürgermeisterin zitiert werden kann - nicht gebaut werden, ist das Vertrauen in eine bürgerorientierte Politik sowie in die kommunalen Verwaltungsvertreter zutiefst erschüttert worden.

Bis heute ist nicht erkennbar, dass die Stadtverwaltung um Frau Oberbürgermeisterin (OB) Petzold-Schick und Prof. Dr. Ayrle sowie die Mehrheit der Ortsverwaltung um Ortsvorsteher Karl Mangei offen und differenziert mit der Flüchtlingsthematik in Untergrombach umgehen. Warum sonst war bspw. von den Planänderungen des Landratsamts zuallererst aus der BNN zu erfahren und nicht, wie der Bürger annehmen könnte, von der für ihn zuständigen Oberbürgermeisterin? Warum sonst bleiben bis heute Fragen aus der Bürgerinformationsveranstaltung unbeantwortet, deren umfassende Beantwortung die OB zugesagt hatte? Warum sonst gibt es nahezu keine öffentlichen Tagesordnungspunkte im Ortschaftsrat, durch deren Behandlung die Untergrombacher Näheres zu den aktuellen Plänen der Anschlussunterbringung erfahren?

Trotz einiger Verwaltungsinitiativen für einen Bürgerdialog hat sich eher der Eindruck verfestigt, dass der Bruchsaler Bürger, gerade was die Vorgänge zum Umgang mit Flüchtlingen betrifft, nicht nur nach dem Motto „keine Angriffsfläche bieten“ in Unwissenheit gehalten werden soll, sondern die Verwaltungsvertreter sich generelle Diskussionen über ihr

*Vorgehen unter dem pauschalen Deckmantel der humanitären Verpflichtung verbieten.*

*Die Stadtverwaltung erhält derzeit vor allem von der Bürgerinitiative Bruchsal (BIB) „Druck“. Unsere Meinung hierzu: Die BIB provoziert und erreicht durch ihr Engagement, dass Vorgänge der kommunalen Asylpolitik in Bruchsal und den Stadtteilen nicht unter den Tisch gekehrt werden können, sondern publik gemacht und in die Medien transportiert werden (siehe aktuell die Berichte zur Helmsheimer Anschlussunterbringung). Kommunalpolitiker sowie Stadtverwaltung werden durch die BIB letztlich dann doch gezwungen, laufende Diskussionen und Sachlagen öffentlich zu machen.*

*Die Reaktionen auf die BIB zeigen häufig, dass man dem Wunsch nach Bürgerbeteiligung nicht in entsprechendem Umfang nachkommen will. Man bemüht sich eher darum, die dort engagierten Bürger pauschal als „Angstschürer“ und „Populisten“ abzustempeln.*

*Die Untergrombacher Initiative hat selbst seit ihrer Gründung täglich erleben „dürfen“, wie Bürger beim Thema Flüchtlinge ganz schnell in die fremdenfeindliche Ecke gestellt werden. Die Unterstellung von Stimmungsmache und reinen Eigeninteressen, die Ignoranz von vielschichtigen Interessenlagen einer bunten und aktiven Bürgerschaft scheint auf allen politischen Ebenen der gewählte Weg zu sein, über den Kopf von Bürgern hinweg Entscheidungen zu treffen, die eher politischen Macht- und Einzelinteressen als dem Gemeinwohl zu dienen scheinen.*

*Gelernt haben wir auf jeden Fall, dass das Thema Flüchtlinge so sensibel und schwierig ist, dass der „normale“ Bürger lieber über ein entsprechendes Kreuz beim Wahlschein seine Meinung kundtun und damit Einfluss auf die Politik nehmen möchte, als offen und persönlich darüber zu sprechen.*

*Aus diesem Grund haben wir uns im September für eine Neuausrichtung der Initiative entschlossen und auch den Namen in Bürgerinitiative für Untergrombach geändert.*

*Wir glauben, dass wir in Untergrombach einen größeren Zusammenhalt der Bürger beim Einfordern einer guten Stadtteilpolitik erreichen können, wenn wir uns als Initiative nicht mehr mit Lösungsvorschlägen (z.B. zu Standortfragen) in politische Problemstellungen einbringen. Dies ist nicht unsere Aufgabe! Die gewählten Bürgervertreter und der aus Steuergeldern bezahlte Verwaltungsapparat sind hierfür zuständig. Und zwar so, dass die Bürgerschaft nicht nur kurz vor den Wahlen zufrieden ist.*

*Jede Entscheidung in den Gremien damit zu rechtfertigen, dass diese demokratisch sei, da sie von gewählten Vertretern getroffen wurde, ist für den betroffenen Bürger zu billig!*

*Erfreulicherweise sieht die Gemeindeordnung inzwischen strengere gesetzliche Verpflichtungen vor, was den Grundsatz der Öffentlichkeit von Sitzungen mit einer transparenten Verwaltungs- und Politikarbeit angeht. Seit Oktober 2016 sind die in öffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten oder bekannt gegebenen (nicht-öffentlichen) Beschlüsse innerhalb von einer Woche auf der Homepage der Stadt Bruchsal zu veröffentlichen. Wir dürfen gespannt sein, wie umfassend und „durchsichtig“ diese Vorgaben im Bürgerinteresse umgesetzt werden. Eine verstärkte öffentliche Behandlung von politischen Vorgängen auch durch die Ortschaftsräte müsste dabei ebenfalls im Interesse unserer Oberbürgermeisterin sein, die nächstes Jahr möglicherweise wiedergewählt werden möchte.*